

+++ Sicher mit Schreiber +++

+++ 1/2015 +++



Liebe Leserinnen und Leser,

neues Jahr, neues Glück, weiter stark machen. Das hat sich der neue Berliner Senat vorgenommen. Die ersten 100 Tage Michael Müller sind rum und ich finde, man kann eine positive Bilanz ziehen, die sich auch in den Umfragen niederschlägt. Doch dabei können wir es noch lange nicht belassen. Ich für meinen Teil bin mit der Eröffnung meines Wahlkreisbüros ins neue Jahr gestartet und habe meine Homepage einem Relaunch unterzogen. Damit möchte ich für Sie noch besser ansprechbar sein und Ihnen mehr Möglichkeiten bieten, sich über meine Arbeit zu informieren.

Mit meinem Newsletter möchte ich Sie wie gewohnt über meine Schwerpunkte auf dem Laufenden halten. So finden Sie aktuelle Artikel zur Flüchtlingsarbeit im Allende-Viertel, Besuche bei der Polizei und was wir für die Feuerwehr erreichen konnten.

Ich wünsche Ihnen zu guter Letzt ein frohes Osterfest im Kreise Ihrer Familien und Lieben!

- 100 Tage Michael Müller: bürgernah, unaufgeregt, ehrlich S. 1
- Vor Ort – Im Netz – Für Sie! – Neues Wahlkreisbüro und neue Homepage S. 2
- Willkommenskultur vor Ort – Am Beispiel von „Allende II“ S. 3
- Besuch von Polizeiabschnitten und Streifenfahrt mit der Berliner Bereitschaftspolizei S. 4
- Der Einsatz für die Feuerwehr hat sich gelohnt S. 6
- Wir brauchen ein eigenständiges Landesprogramm gegen islamistische Radikalisierungstendenzen S. 6
- SPD legt Konzept für Einwanderungsgesetz auf Bundesebene vor –
Von Matthias Schmidt S. 8
- Kameras und Datenschutz – Auch private Sicherheit muss Regeln einhalten S. 9
- Kontakt S. 9

Herzlichst

Ihr Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



Sicher mit Schreiber



+++ 100 Tage Michael Müller: bürgernah, unaufgeregt, ehrlich +++

Seit mehr als 100 Tagen ist Michael Müller Regierender Bürgermeister von Berlin. Sein Senat hat in diesen drei Monaten zahlreiche Projekte umgesetzt und Reformen angestoßen.

Die gute Haushaltspolitik der vergangenen Jahre führt dazu, dass wir eine halbe Milliarde Euro Schulden zurückzahlen können. Eine weitere halbe Milliarde wird unter anderem in den weiteren Ausbau von Kitaplätzen, in die Sanierung von Schulen und Schultoiletten und für dringend notwendige Baumaßnahmen in den Bezirken investiert. Zusätzlich werden Gelder bereit gestellt, um Berlin als Wissenschaftsstandort weiterzuentwickeln und um mehr Sportstätten sowie Bäder zu

sanieren und zwei neue Bäder zubauen. Damit regiert der Müllerserrat vor allem auf das stetig wachsende Berlin. Dafür wird auch dringend mehr Personal benötigt, welches für die Familiengeldstellen, Bürger- und auch Bauämter bereitgestellt wird. Generell erhalten die Bezirke wieder mehr Möglichkeiten, neues Personal einzustellen, um den Service und die Dienstleistungen für alle Berlinerinnen und Berliner zu verbessern.

Keine deutsche Stadt tut so viel, um die Mieten stabil zu halten. Dafür haben wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Mit der Umwandlungsverbotsverordnung erschweren wir die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Das Zweckentfremdungsverbot verhindert, dass Mietwohnungen als Ferienwohnungen genutzt werden. Eine Kappungsgrenze bekämpft Mietwucher bei Neuvermietungen. Jedes Jahr kommen ca. 40.000 Menschen neu nach Berlin. Wir müssen also mehr Wohnungen bauen. Zur Beschleunigung zieht der Senat wichtige Großprojekte wegen des gesamtstädtischen Interesses an sich. Das entlastet die Bezirke für die zügige Bearbeitung kleinerer Wohnungsbauprojekte. Finanziell schwächer gestellte Mieterinnen und Mieter sollen zukünftig stärker unterstützt werden, damit auch sie in Kiezen mit angespannter Wohnungslage bleiben können. Die wachsende Stadt bedeutet auch: mehr Arbeitsplätze und höhere Steuereinnahmen. Wir unterstützen junge Firmen mit Gründungskapital. Mit der Investitionsoffensive werden Arbeitsplätze in der Hauptstadt gesichert und gefördert.



Gemeinsam mit Michael Müller am Tag seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister

Mit Michael Müller kommt mehr Verlässlichkeit in die Abläufe beim BER. Durch gute Personal- und Strukturentscheidungen wurden die Voraussetzungen für die Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg 2017 geschaffen.

Der neue Regierende Bürgermeister ist vor Ort, redet mit den Bürgerinnen und Bürgern. Jeden Monat geht er in die Bezirke und sucht den Dialog. Zweimal im Jahr führt er im Roten Rathaus seine Bürgersprechstunde durch. In den ersten 100 Tagen wurden viele Vorhaben auf den Weg gebracht. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten zu Recht von ihrem Regierenden Bürgermeister Verlässlichkeit, Offenheit und harte Arbeit. Michael Müller stellt dies unter Beweis, damit Berlin sicher und sozial bleibt.

+++ Vor Ort – Im Netz – Für Sie! – Neues Wahlkreisbüro und neue Homepage +++

Das neue Jahr begann für mich schwungvoll. Am 20. Januar eröffnete ich feierlich mein neues Wahlkreisbüro in der Wendenschloßstr. 137. Über 40 Interessierte, Freunde und Genossen schauten am Nachmittag vorbei, um mir und dem Büro viel Erfolg zu wünschen. Darüber habe ich mich sehr gefreut.

Ich sehe das Büro nicht als weiteres Bürokratielager für verstaubte Akten sondern als offenen Bereich, in den Menschen eintreten sollen, wenn sie ein Problem haben, Hilfe benötigen oder einfach Ideen und Ratschläge mitbringen, was ich besser machen könnte. Ich will mich gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern dort treffen und mit Ihnen Ihre Schwierigkeiten bewältigen und unsere Kieze weiter stärken. Deswegen biete ich auch Platz für Vereine, Initiativen und Gruppen an, die sich bei mir treffen können. Von Zeit zu Zeit werde ich auch zu eigenen kleinen Veranstaltungen einladen, wenn ich über bestimmte Themen informieren möchte oder an Meinungen zu verschiedenen Dingen interessiert bin. An drei Tagen die Woche wird mein Mitarbeiter Julian Jostmeier für Sie dort ansprechbar sein. Die Öffnungszeiten und alle weiteren Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende dieses Newsletters.

Als regelmäßiger Termin zum Kontakt mit mir dient meine Bürgersprechstunde. Sie findet immer am 1. Dienstag im Monat, von 9:00 Uhr bis 10:30 Uhr im Wahlkreisbüro statt. Zusätzlich bin ich noch jeden 3. Dienstag im Monat von 9:30 Uhr bis 10:30 Uhr in der Begegnungsstätte Allende II (Alfred-Rand-Straße 42, 12559 Berlin), und jeden letzten Mittwoch von 18:00 Uhr bis 19:00 Uhr im Dorfclub Müggelheim (Alt-Müggelheim 21, 12559 Berlin). Aber auch zu anderen Zeiten sind Termine mit mir nach Absprache möglich.

Alles neu macht der April ist auch das Motto bei meiner neuen Homepage. www.tom-schreiber.berlin ist am 1. April an den Start gegangen – ganz ohne irgendwelche Scherze. Im neuen Gewand informiere ich Sie über meine Arbeit, meine Ausschüsse, meine Ziele und Positionen. Sie können dort auf vielfältige Weise mit mir in Kontakt treten, meine aktuellen und vergangenen Newsletter sowie Flyer abrufen und sich über meine Äußerungen im Abgeordnetenhaus und der Presse informieren.

Ich lade Sie ein, schauen Sie bei mir vorbei – ob digital oder direkt vor Ort. Ich bin für Sie da!

→ Über meine Büroeröffnung berichtete die Berliner Woche am 05.02.2015 – “Der Abgeordnete Tom Schreiber (SPD) eröffnet sein Büro”: <http://bit.ly/1Gk8siW>



+++ Willkommenskultur vor Ort – Am Beispiel von „Allende II“ +++

Mitte Dezember letzten Jahres lebten etwa 12.250 Flüchtlinge in insgesamt 52 Unterkünften in Berlin. 646 Personen wurden zusätzlich in Hostels untergebracht. Darüber hinaus lebten über 8.000 Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Wohnungen.

Im derzeitigen Doppelhaushalt 2014/15 des Landes Berlin sind jährlich 43 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung der Menschen angesetzt, die vor Krieg und Vertreibung hierher geflohen sind. Die zahlreichen Krisen- und Kriegsgebiete auf der ganzen Welt und die wachsende Zahl der Flüchtlinge machten es nötig, dass dieser Etat angepasst werden musste. Allein im Jahr 2014 auf 128,5 Mio. Euro. Und darin sind die Kosten für die neugebauten Wohncontainer-Dörfer an verschiedenen Standorten in Berlin in Höhe von 42,7 Millionen Euro noch nicht enthalten. Zwischen Januar und September 2014 waren bundesweit Syrien sowie die Staaten auf dem westlichen Balkan (Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina) die beiden zuzugsstärksten Herkunftsregionen. Im letzten Jahr wurden 13 neue Einrichtungen mit insgesamt 2.641 Plätzen zur Flüchtlingsunterbringung geschaffen. Darüber hinaus wurden acht Einrichtungen erweitert um zusätzlich 755 Plätze zu schaffen. Aufgrund der mangelnden Platzkapazität mussten jedoch auch 296 Plätze in zwei Tragflughallen eingerichtet werden. Für die wichtige unterstützende Arbeit der Stadtteilzentren in den betroffenen Bezirken, stellte das Land 2014 diesen jeweils 30.000 Euro im Quartal zur Verfügung.

Am 20.10.2014 wurde bekannt gegeben, dass neben der bestehenden Flüchtlingsunterkunft im Allende I (Salvador-Allende Str. 89-91), eine weitere Flüchtlingsunterkunft im Allende II (Alfred-Randt-Str. 19) entstehen soll. Diese Entscheidung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSO) kam nicht nur überraschend, sondern für alle Beteiligten und Betroffenen sehr kurzfristig. Dies wurde vielerorts zu Recht kritisiert und bot darüber hinaus einen Nährboden für Proteste gegen die Standortentscheidung. Diese reichten – und diese Unterscheidung ist wichtig – von der Skepsis einiger Anwohner bis hin ins rechte Spektrum. Auf der anderen Seite formierte sich die Initiative „Allende2hilft“, welche die Flüchtlinge willkommen heißen und unterstützen möchte.

Am 01.12.2014 sowie 10.12.2014 fanden Anwohnerversammlungen in der Müggelschlößchen Grundschule statt. Dort gab es für die Anwohnerschaft erstmals die Gelegenheit, sich direkt und unmittelbar mit den zuständigen Behörden und dem Internationalen Bund (dem Betreiber der Flüchtlingsunterkunft in Allende II) ins Gespräch zu kommen. Bereits im November bildete sich hierzu auch der „Runde Tisch im Allende II“.

Zwischen Oktober und Dezember gab es in dem Ortsteil etwa 20 Demonstrationen (von Befürwortern und Gegnern). Knapp 30 Personen wurde in diesem Zeitraum bei Demonstrationen vor Ort die Freiheit beschränkt und es wurden 29 Strafanzeigen gestellt. Die NPD war von Anfang an dabei und organisierte aktiv Proteste gegen die Flüchtlingsunterkunft.

→ Näheres dazu in meiner Schriftlichen Anfrage 17/15191 unter: bit.ly/1GISwHI. Auch die Berliner Woche berichtete darüber (16.01.2015) – “Demos gegen Flüchtlingsheim werden auch von der NPD organisiert”: <http://bit.ly/19MgioK>

Dennoch ist es wichtig hervorzuheben, dass nicht alle Teilnehmer an den Gegenprotesten dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Viele Anwohner wollten ihrer Skepsis und ihrem Unmut bezüglich der Informationspolitik zur Unterkunft in Allende II Ausdruck verleihen. Dies kann und darf jedoch keine Entschuldigung dafür sein, dass an der Seite der rechten NPD demonstriert wird. Glücklicherweise hat sich die Gesamtlage vor Ort mittlerweile entspannt. Selbst der sogenannte „Sonntagsspaziergang“ Allende I gegen die Flüchtlingsunterbringung im Bezirk bekommt keinen Rückhalt mehr. Auf Facebook hingegen schlugen die Wellen hoch: Auf der Seite „Nein zum Heim in Köpenick“ wurde beleidigt, gelogen, verunglimpft und offen gedroht. Auf der anderen Facebook-Seite haben die Bürgerinnen und Bürger jedoch mit Gegenaktionen reagiert. Stellvertretend für viele möchte ich an dieser Stelle das „Adventssingen“ erwähnen.

→ Näheres dazu in meinen Schriftlichen Anfragen 17/15193 unter bit.ly/1Cl6hog und 17/15192 unter bit.ly/1GISPCm

Unter diesen Umständen war es ohne Zweifel schwierig eine offene und nachhaltige Willkommenskultur zu schaffen. Dennoch ist es gelungen durch die Initiative „Allende2hilft“ und der etablierten Vereinslandschaft ein Netzwerk der Demokratie und Solidarität aufzubauen und mit Argumenten zu überzeugen. Das macht mich in höchstem Maße Stolz auf unseren Bezirk und seine Bürgerinnen und Bürger. Alle offenen Fragen vom „Runden Tisch Allende II“ wurden notiert und konnten allesamt beantwortet werden. Ich selbst habe hierzu einen „12-Fragen-und-Antworten-Katalog“ verfasst und all jenen zukommen lassen, die sich mit Fragen zu den Flüchtlingsunterkünften an mich gewandt haben. Zu längerfristigen, perspektivischen Fragen – wie der Gesundheitsversorgung (→ bit.ly/1IMPTUg), den BVG-Taktzeiten (→ bit.ly/1bNdw4a), den Willkommensklassen an Schulen (→ bit.ly/1NzREVO) und einigen mehr – habe ich im Abgeordnetenhaus von Berlin Kleine Anfragen an den Senat gestellt.

Der Runde Tisch hat sich heute zu einem Netzwerk der „Macher vor Ort“ entwickelt. Jede Aktivität, jedes Engagement ist unverzichtbar und unbezahlbar. Die Einrichtung der Kleiderkammer, der gemeinsame Aufruf mit dem RBB, zu spenden, die Öffnung der Kleiderkammer auch für die Anwohnerschaft waren gute Signale für eine „Befriedung“ vor Ort. Dennoch dürfen wir hier nicht aufhören – im Gegenteil. Das Engagement der politischen Vertreter ist ebenso gefragt, wie das der Zivilgesellschaft. Über die Veranstaltung am 19.03.2015 freute ich mich besonders. Am Runden Tisch in Allende II hatte ich die Idee, dass wir eine gemeinsame Veranstaltung mit der Berliner Ausländerbehörde machen sollten. 35 Anwohnerinnen und Anwohner aus Allende I und II anwesend, um gemeinsam mit dem Leiter der Ausländerbehörde, Herrn Mazanke, über die Aufnahme von Asylsuchenden in Berlin zu sprechen. Veranstalter und wieder mit viel Engagement dabei – die Initiative „Allende2hilft“.

Mein Fazit nach den letzten Monaten im Allende II: Der Dialog vor Ort muss weitergehen – auch über 2016 hinaus. Es ist nicht immer entscheidend bei Veranstaltungen in der ersten Reihe zu stehen, sondern vielmehr ein Teil des Ganzen zu sein, zum Netzwerk der solidarischen Bürgerinnen und Bürger zu gehören, kritisch zu fragen und aktiv zu helfen. Und es freut mich, dass ich genau dies in Köpenick sehe: Menschen, die vermitteln, unterstützen und gemeinsam Ideen und letztendlich eine Willkommenskultur im Bezirk verwirklichen.

+++ Besuch von Polizeiabschnitten und Streifenfahrt mit der Berliner Bereitschaftspolizei +++

Zwischen Dezember 2014 und Februar 2015 besuchte ich mehrere Polizeidienststellen und begleitete wiederholt Streifenfahrten der Berliner Bereitschaftspolizei. So schaute ich am 19. Dezember 2014 gemeinsam mit dem SPD-Kollegen Joschka Langenbrinck bei den Polizeiabschnitten A55 und A56 in Neukölln vorbei. Am 30. Dezember 2014 besuchte ich mit dem SPD-Landesvorsitzenden Dr. Jan Stöß den Polizeiabschnitt A32 (Alexanderplatz) und am 17. Februar 2015 erneut mit dem SPD-Kollegen Joschka Langenbrinck den Polizeiabschnitt A54 in Neukölln. Am 06. Februar 2015 konnte ich die 21. Einsatzhundertschaft der Berliner Bereitschaftspolizei bei ihrer Streife begleiten. Um Sachverhalte zu verstehen, muss man die Praxis kennenlernen und um die richtigen Entschei-

dungen treffen zu können, muss man die Zusammenhänge hintersteigen. Um Politik zu machen, muss man gut (zu)hören können. Diese drei Leitsätze sind ein wichtiges Instrument bei meiner Entscheidungsfindung und in meiner politischen Arbeit. Für mich waren die Besuche in den Polizeiabschnitten 32, 54, 55 und 56 genauso wichtig wie die 9,5 Stunden Streife mit der Berliner Bereitschaftspolizei.

Durch diese Hospitanzen konnte ich wieder viel mitnehmen, was die Arbeit der Berliner Polizei betrifft. Oftmals war und ist es so, dass gerade die Berliner Polizei Impulsgeber bei der (Weiter)Entwicklung von Präventionsmaßnahmen und der späteren Konzeptentwicklung im Bereich Schule und Jugend ist. Berlin hat sich verändert und die Ortsteile und deren Kieze auch. Die Zeit in der Uniformierte auf der Straße Streife gingen und ihnen mit Respekt begegnet wurde, ist so vorbei. Anfeindungen, Beleidigungen und tätliche Übergriffe, welche Menschen in Uniform ausgesetzt sind, sind haarsträubend.

→ Das Berliner Abendblatt berichtete am 15.03.2015 über die Straftaten im Zusammenhang mit linken Hausprojekten – "Rigaer Straße sorgt für Wirbel": <http://bit.ly/1BRLOZs>

Im Jahr 2013 wurden 5.918 Polizeivollzugskräfte Opfer von Straftaten. Die tägliche Belastung im Dienst, ob bei Tag oder bei Nacht, lassen mit dem Blick aus der gesellschaftlichen Brille keine Fehler zu. Wenn es mal dazu kommt, trifft es die Polizei in ihrer Gesamtheit. Die harten Auseinandersetzungen mit den Intensivtätern sind eine tägliche Herausforderung - besonders in Neukölln. Dort ist das „Neuköllner-Modell“ der richtige Ansatz und hat sich bewährt. Die vereinfachten Jugendverfahren tun ihr übriges dazu. Dennoch: Die Verfahrensdauer muss weiter reduziert werden, damit es auch einen zeitnahen pädagogischen Erfolg bei den Betroffenen geben kann. Schnellere Sanktionierungen scheinen hier erfolgversprechend.

Die örtlichen Polizeiabschnitte, aber auch das zuständige LKA 2 leisten eine wesentliche (Vor)Arbeit. Sie ist vielfältig und auch vielschichtig. Sie reicht von Verkehrskontrollen bis hin zur Ermittlungsarbeit nach Wohnungseinbrüchen und der Präventionsarbeit an Schulen. Gemeinsam mit Dr. Jan Stöß konnte ich erleben, welche Herausforderung die Direktion 3 und der Polizeiab-

schnitt 32 in Mitte meistern. Der Alexanderplatz ist allen Berlinern bekannt – über die Stadt hinaus ein Wahrzeichen Berlins. Die beiden tragischen Todesfälle der letzten drei Jahre zeigten uns eines deutlich: Bei Konflikten zwischen Menschen steht die Polizei immer am Ende. Manchmal kann sie gewalttätige Auseinandersetzungen verhindern, aber manchmal gelingt dies nicht. Das hat tragische Konsequenzen.

Seit 2012 engagiere ich mich verstärkt für die Sicherheit vor Ort und gemeinsam mit dem dortigen Kontaktbereichsbeamten konnte ich eine Begehung des Alexanderplatzes durchführen. Einmal mehr ließ sich feststellen, dass die Polizeivollzugskräfte vor Ort eine wirklich gute und wichtige Arbeit machen uns sich den Problemen stellen. Ob als Ansprechpartner für Touristen, als Konfliktschlichter, als Vermittler für Obdachlose oder auch als Repressionsorgan; sie sind es, die Berlin am Tag und in der Nacht sicherer machen.



→ Am 01.3.2015 berichte der Tagesspiegel über die Situation am Alexanderplatz und den Besuch von mir und Jan Stöß – "Tödliche Attacke auf dem Alexanderplatz – Mord oder Totschlag?": <http://bit.ly/1yFK98Z>

Mindestens zwei bisher ungelöste Punkte werden mich auch weiterhin begleiten: Zum einen brauchen wir belastbare Zahlen bezüglich der Personalstellen und zum anderen benötigt die Hauptstadtpolizei dringend eine bessere Ausstattung. Die Frage bzgl. der Anschaffung von sogenannten

Splitterschutzfolien für Fahrzeuge bei der Innenverwaltung und beim Stab des Polizeipräsidenten ist noch nicht geklärt. Dabei ist die Gefährdung der Beamtinnen und Beamten nachweislich gegeben. Es kann und darf nicht sein, dass es hier zu ernststen Verletzungen kommen muss, ehe gehandelt wird. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, dass wir zumindest für den Anfang zwei bis drei Direktionen haben werden, in denen jeweils mit drei oder vier Polizeiabschnitten ein Austausch von Splitterschutzfolien stattfinden kann.

Es wird keine pauschale Forderung nach einer Aufstockung der Polizeistellen geben können. Aber dies kann zielgerichtet und aufgabengerecht geschehen. Das bedeutet, dass die Direktionen mit den kriminalitätsbelasteten Orten auch mehr Personal erhalten sollen. Dies sind in meinen Augen die Direktionen 3, 5 und 6. Dasselbe gilt für das Landeskriminalamt. Wenn uns wirklich am Herzen liegt, dass wir erfolgreich gegen die Rockerkriminalität oder sogenannte „kriminelle, großarabische Familien“ vorgehen, dann bedarf es mehr Personal in den jeweiligen Fachkommissariaten. Alles andere ist aus meiner Sicht Augenschwermerei.

Ich werde weiterhin Besuche bei Polizeiabschnitten und Direktionen machen und Streifenfahrten begleiten. Ich freue mich über das Vertrauen und die fortwährenden Kontakte vor Ort. Denn hier zeigt sich: Nur gemeinsam können wir Berlin sicherer machen.

+++ Der Einsatz für die Feuerwehr hat sich gelohnt +++

Der Einsatz für die Freiwillige Feuerwehr in Rauchfangswerder und die Berufsfeuerwache Köpenick hat sich gelohnt. Ausgangspunkt war die Tour mit dem damaligen Finanzsenator Dr. Nußbaum am 29. Oktober 2014 in Köpenick. Wir, Robert Schaddach und ich, hatten hierzu u.a. den Landesbranddirektor Herrn Gräßling, den Bezirksbürgermeister Oliver Igel, den Landesvorsitzenden der Freiwilligen Feuerwehr Herrn Guzy, Frau Alms (SenInn), Herrn Nügel (Wehrleiter) und meine Kollegin Ellen Haußdörfer eingeladen. Auf der „Feuerwehr-Tour“ konnten wir uns zwei Wehren sowie die Berufsfeuerwache Köpenick ansehen.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Berufsfeuerwache Köpenick wird für die Generalsanierung nun weitere 2,5 Mio. Euro aus dem SIWA und die Freiwillige Feuerwehr Rauchfangswerder ihren dringend benötigten Neubau erhalten. In den fünf Monaten nach dieser Tour konnte etwas bewegt werden, was zuvor über Jahre nicht gelang. Mein Dank gilt daher allen, welche die gemeinsame Tour begleitet haben, meiner SPD-Fraktion und ihrem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh.



+++ Wir brauchen ein eigenständiges Landesprogramm gegen islamistische Radikalisierungstendenzen +++

Die Anzahl der radikalisierten Personen bzw. der radikalisierten Ausreisenden in Berlin ist erschreckend. Aber anscheinend noch nicht erschreckend genug. 2011 gab es bundesweit ca. 3.500 Salafisten in Deutschland. Im Jahr 2014 waren es bundesweit ca. 5.500 Personen aus dem salafistischen Spektrum. In Berlin wuchs ihre Zahl 2011 von ca. 300 Personen auf etwa 550 Personen im Jahr 2014 an.

Seit 2011 spielt der Salafismus im Berliner Verfassungsschutz verstärkt eine Rolle. Zunächst wurde dieser gemeinsam mit dem Themenbereich Islamismus oder im Zusammenhang von Al-Qaida behandelt und man bezog sich im Verfassungsschutzbericht immer mehr auf den internationalen Bezug zum islamistischen Terrorismus. 2011 ging es auch um die steigende Internetpropaganda und dem Protagonisten Dennis Cuspert (Deso Dagg), einem ehemaligen Rapper aus Kreuzberg, der heute Medienberichten zufolge im Kriegsgebiet aktiv ist.

Ende 2014 ging man in Berlin von ca. 570 Salafisten aus. Von ihnen gelten etwa 290 als gewaltbereit. Wir wissen auch, dass eine Radikalisierung nicht mehr mehrere Monate dauert, sondern nur noch Wochen und dass das Internet die Radikalisierung massiv beschleunigt. Mehr als 80 Personen sind bisher von Berlin aus mit einer islamistischen Motivation in Richtung Syrien und Irak ausgeharrt. In den meisten Fällen handelt es sich bei ihnen um volljährige Männer zwischen 20 bis 65 Jah-

ren. Unter den Ausreisenden sind mittlerweile auch immer häufiger junge Frauen. Besonderen Anklang findet unter allen radikalisierten Ausreisenden die terroristische Organisation „Islamischer Staat“ (IS). 2015 haben sich bereits 90 ausgereiste Personen aus Berlin dem IS angeschlossen. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass etwa ein Drittel zurückkehren wird.

In der bundesweiten Debatte ist meist von einer „abstrakten Torgefahr“ die Rede. Vereitelte Terroranschläge (wie in Köln oder im Sauerland) spielten schon in der Vergangenheit in den Medien eine Rolle, ohne jedoch eine sicherheitspolitische Konsequenz abzuleiten bzw. ausreichend präventiv zu denken. Auf Bundesebene werden Gesetze verabschiedet, die es ermöglichen, dass Pässe eingezogen bzw. markiert werden, sodass Personen bei Verdacht auf eine terroristische Ausbildung bei Wiedereinreise nach Deutschland festgenommen werden können.

Mein Eindruck ist leider, dass wir nur mit dieser Form der Repression wenig Erfolg haben werden, falls wir nicht mehr als bisher gesellschaftspolitisch an die Ursachen herantreten. Andernfalls werden wir in den nächsten Jahren auf eine große Zahl Ausgereister blicken und vor allem auch eine hohe Zahl junger Menschen haben, die nicht nur abstrakt sondern auch tatsächlich eine terroristische Gefahr darstellen werden. Bereits heute ist es nicht möglich die rund 300 gewaltbereite Salafisten in Berlin 24 Stunden am Tag zu beobachten oder zu begleiten. Claudia Dantschke vom Projekt „Hayat“ hat es gut beschrieben. Sie sagte, dass wir mittlerweile von einer ‚radikalen Jugendsubkultur‘ sprechen können. Das bedeutet, dass wir uns diesem Phänomen von den Anfängen her nähern müssen. Wie gehen wir mit den eigenen radikalisierten Konvertiten um? Die Anschläge in Paris haben gezeigt, dass man sich um jeden radikalisierten Menschen kümmern muss – auch in Haftanstalten. Viele der radikalisierten Menschen sind ‚tickende Zeitbomben‘ und sie haben nichts zu verlieren. Mit ihnen muss gearbeitet werden oder frühzeitig verhindert werden, dass sie ausreisen können. Darüber hinaus muss ihnen geholfen werden, aus den Terrornetzwerken auszusteigen. In der Bundesrepublik Deutschland ist seit 2014 Bewegung in die Präventionsarbeit gekommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) begann vorbildhaft Projekte im Präventionsbereich zu finanzieren. Doch bisher sind von den 16 Bundesländern nur sechs aktiv dabei. NRW hat das Projekt „Wegweiser“, die Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg koordinieren ihre Aktivitäten und Hessen hat ein entsprechendes Landesprogramm. Ca. 400.000 Euro gibt Hessen im Doppelhaushalt für die Präventionsarbeit aus. Dies erfolgt mit wissenschaftlicher Begleitung und in Zusammenarbeit mit dem Violence Prevention Network (VPN). Auch Berlin beteiligt sich ab April 2015 an der Finanzierung des VPN.

Bisher fühlen sich viele Bundesländer im Bereich der Präventionsarbeit bzw. deren Finanzierung nicht zuständig. Dabei gibt es Hotspots – gerade in NRW, Süddeutschland und auch in Berlin. Es gibt zwar einen Beschluss der Innenminister-Konferenz zu diesem Thema, aber die Verwaltung reagiert in diesem Bereich nur langsam und schwerfällig. Dabei haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Das sind wir besonders den Familien schuldig, deren Kinder im Ausland sind und in Terror-Camps ‚geschult‘ werden. Vor allem muss die Erkenntnis reifen, dass hier nicht nur die Sicherheitsbehörden mitarbeiten müssen.

Für Berlin wünsche ich mir ein eigenständiges Landesprogramm gegen Radikalisierungstendenzen. Dort müssten Inneres, Justiz, Soziales, Arbeit, Integration, Bildung und Jugend sowie die Trägerlandschaft („Hayat“, „VPN“, „Ufuq“) beteiligt werden und aktiv zusammenarbeiten. Dies kann und sollte außerdem in wissenschaftlicher Begleitung einer Universität stattfinden. Ebenso sollten in einem Kuratorium bzw. Beratungsgremium die muslimische Gemeinde beteiligt werden.

Ab April 2015 wird das Land Berlin (Inneres) hierzu ca. 115.000 Euro ausgeben und dann bis 2019 pro Jahr 100.000 Euro. Das ist in Anbetracht der dramatischen Situation ein Anfang, steht jedoch noch immer in keinem Verhältnis zur Realität bzw. zum eigentlichen Bedarf. Zum Vergleich: Im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus stehen uns in Berlin ca. 2,1 Mio. Euro zur Verfügung. Das ist gut, dennoch haben wir es, bei genauer Betrachtung, im islamistischen Bereich mit einem weit aus größeren Problem zu tun, weil eine echte Präventionsarbeit in diesem Bereich über Jahre vernachlässigt wurde. Über die Lottostiftung wurde das Projekt „Maxime“ (Abbau von Vorurteilen, Demokratieförderung) finanziert. Die Förderung endet in drei Jahren. Und dann? Es wird eine Beschleunigung der Debatte geben, wenn es tatsächlich zu einem terroristischen Anschlag kommt. Aber ich möchte nicht darauf warten. Die Antworten müssen wir jetzt liefern und beginnen die entsprechenden Weichen zu stellen.

→ Über das Problem des verstärkten Islamismus und meine Vorschläge berichte das Neue Deutschland am 22.01.2015 – “Zahl der gewaltbereiten Islamisten hat sich verdreifacht”: <http://bit.ly/1NEgYKb>

+++ SPD legt Konzept für Einwanderungsgesetz auf Bundesebene vor +++

von Matthias Schmidt, MdB

Deutschland steht am Beginn einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Notwendigkeit und Chancen einer modernen Einwanderungspolitik. Eine positive gesellschaftliche Grundhaltung zu Einwanderung entsteht nicht von heute auf morgen. Mit einem Einwanderungsgesetz, das klare, nachvollziehbare und am Bedarf orientierte Kriterien enthält, möchten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Menschen davon überzeugen: Einwanderung kann ein Gewinn für alle sein.

Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland beruhen auf der Leistung der Menschen und einer starken Wirtschaft. Aber die Gesellschaft altert und schrumpft. In den nächsten Jahrzehnten werden erheblich weniger Menschen in Deutschland leben und zum Wohlstand beitragen können. Tatsache ist: Aufgrund der demografischen Entwicklung verliert die Republik in den kommenden zehn Jahren bis zu 6,7 Millionen Erwerbsfähige. Das ist aktuell die größte Herausforderung für die deutsche Wirtschaft.

Vorrangiges Ziel ist es zunächst, die in Deutschland lebenden Arbeitskraft besser zu nutzen. Durch Bildung und Ausbildung sollen die vorhandenen Arbeitskräfte mehr Chancen am Arbeitsmarkt bekommen. Aber es müssen zugleich bessere Rahmenbedingungen für die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland geschaffen werden. Entscheidend ist: Beides ist notwendig.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter gefördert werden, sodass mehr Frauen von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung wechseln können. Gleichzeitig müssen alle erforderlichen Anstrengungen unternommen werden, um die 1,5 Millionen jungen Menschen in Deutschland, die bisher keine Berufsausbildung haben, in eine Ausbildung zu bringen. Und auch Langzeitarbeitslose müssen mehr Unterstützung erfahren, sodass auch sie besser den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt finden.

Deutschland profitiert derzeit von einer hohen Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der EU. Wenn sich die Beschäftigungslage im Süden Europas verbessert, wird der Zuzug aus diesen Ländern abnehmen. Es kommt daher auch auf qualifizierte Einwanderer aus Drittstaaten an. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt deshalb vor, die verschiedenen Einwanderungsvorschriften in einem Einwanderungsgesetz zu bündeln und mit diesem Gesetz ein starkes Signal auszusenden, dass Deutschland um die Einwanderung gut ausgebildeter Menschen wirbt. Zwar gibt es Regelungen wie die Blaue Karte EU, die die Einwanderung qualifizierter Arbeitnehmer aus dem Nicht-EU-Ausland unter gewissen Bedingungen ermöglichen. Allerdings haben davon seit 2012 insgesamt nur 24.000 Spezialisten Gebrauch gemacht. Das reicht bei weitem nicht aus. Die SPD-Fraktion schlägt darum vor, neben der Blauen Karte EU ein flexibles und nachfrageorientiertes Punktesystem zu entwickeln. Mit einem solchen System gewinnt beispielsweise Kanada jedes Jahr rund 250.000 qualifizierte Einwanderer.

Ein weiteres wichtiges Element des neuen Einwanderungsgesetzes muss die bessere und schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse sein. Derzeit arbeiten schätzungsweise 300.000 bis 500.000 Einwanderer unterhalb ihrer Qualifikation; dieses Potenzial von Anerkennungsberechtigten muss ausgeschöpft werden. Zugleich muss der deutsche Arbeitsmarkt auch für Flüchtlinge geöffnet werden. Damit hat die Große Koalition bereits begonnen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, kündigte an, nun mit dem Koalitionspartner das Gespräch zu suchen und Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zum Dialog über das Konzept einzuladen.



+++ Kameras und Datenschutz – Auch private Sicherheit muss Regeln einhalten +++

Viele Geschäfte, Vereine, im Allgemeinen private Grundstücke setzen mittlerweile eigene Kameras zur Überwachung ihres Raumes ein. Zumeist sind diese nicht angemeldet und so ist unklar, wie viele Sicherheitskameras eigentlich mittlerweile in Berlin existieren. So lässt sich auch kaum prüfen, ob alle Regeln des Datenschutzes eigentlich eingehalten werden. Vor allem kommt es darauf an, was genau die Kameras in ihrem Blickfeld haben und wie lange die Aufnahmen gespeichert werden.

→ Informationen zu den Meldepflichten und Bedingungen im privaten Bereich finden sich auf der Seite des Berliner Datenschutzbeauftragten: <http://bit.ly/117Abph>.

In einem konkreten Fall habe ich mich dafür eingesetzt, dass die privaten Sicherheitskameras gemäß den Bestimmungen angebracht werden. In einer Kreuzberger Moschee hatte ich bei einer Begleitfahrt mit der Polizei die sehr hohen Kameras an den Außenfassaden entdeckt, die offensichtlich eine sehr große Fläche abdeckten. Ich habe mich an den Berliner Datenschutzbeauftragten, Alexander Dix, gewandt, und wir konnten eine Veränderung der Kamerawinkel erreichen. Ich finde es sehr wichtig, dass den Verstößen nachgegangen wird. Denn neben der allgemeinen Sicherheit hat auch der Datenschutz eine hohe Priorität.

→ Unter anderem berichtete darüber die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 09.02.2015 – "Datenschutz – Beobachtet von privaten Überwachungskameras": <http://bit.ly/1DAacEm>

+++ Kontakt +++

Gerne kontaktieren Sie mich über mein Büro im Abgeordnetenhaus:

Per E-Mail:	tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de
Per Telefon unter	030 / 232 522 96 oder 0177 / 711 36 24,
Per Post an:	Tom Schreiber, MdA Preußischer Landtag Niederkirchnerstraße 5 10111 Berlin

Oder direkt über mein Büro im Wahlkreis:

Per E-Mail:	wahlkreisbueor@tom-schreiber.berlin
Per Telefon unter	030 / 239 048 49 oder 0177 / 711 36 24,
Per Post an:	Tom Schreiber, MdA Wendenschloßstr. 137 12557 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:

<http://www.tom-schreiber.berlin/>

Und auf facebook: „Tom Schreiber, MdA“

An drei Tagen im Monat führe ich Bürgersprechstunden durch:

- jeden 1. Dienstag im Monat: 9:00 Uhr bis 10:30 Uhr im Wahlkreisbüro
- jeden 3. Dienstag im Monat: 9:30 Uhr bis 10:30 Uhr in der Begegnungsstätte Allende II (Alfred-Rand-Straße 42, 12559 Berlin)
- jeden letzten Mittwoch im Monat: 18:00 Uhr bis 19:00 Uhr im Dorfclub Müggelheim (Alt-Müggelheim 21, 12559 Berlin)
- sowie nach Vereinbarung

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.